Politische Rundschau.

Deutschland.

* Das Kaiserpaar traf am 19. d. wieder in Potsdam ein.

* Die feierliche Beisetzung der Prinzessin Friedrich Karl von Preußen fand in Gegenwart des Kaiserpaares und vieler Fürstlichkeiten am 19. d. in Nikolskoe bei Potsdam statt.

* Der Kaiser hat den Hinterbliebenen von Karl Schurz durch den deutschen Botschafter in Washington, Frhrn. Speck v. Sternburg, sein herzliches Beileid aussprechen lassen.

* Oberst v. Deimling übernimmt das Oberkommando in Südwestafrika, Major Quade das der Schutztruppe.

* Der Bundesrat hat die Diätenvorlage nach den Beschlüssen des Reichstags angenommen.

* Der von der Kolonialverwaltung fertiggestellte Nachtragsetat enthält außer der Forderung von 10½ Mill. Entschädigung für die Ansiedler noch einen Betrag von 800 000 Mk. zwecks Ansiedelung von Schutztruppensoldaten. Die Rate, die für die Bahn Kubub-Keetmannshoop jetzt gefordert wird, beträgt 5 Mill. Mk. Es liegt der Kolonialverwaltung ganz besonders daran, daß der Nachtragsetat noch vor der Vertagung des Reichstags zur Verabschiedung gelangt.

* Der internationale Hotelbesitzer-Verein, der seinen Sitz in Köln hat und fast sämtliche Besitzer der großen Hotels in Deutschland zu Mitgliedern zählt, hat an Bundesrat und Reichstag unter Hinweis auf die billigen Fahrpreise in der Schweiz, Belgien und Holland einen Protest gegen den Fahrkartenstempel gerichtet.

* Der von den deutschen Truppen in Südwestafrika über die englische Grenze in die Kapkolonie gedrängte Morenga ist von den Engländern gefangen genommen worden. Damit ist der letzte und gefürchtetste Gegner Deutschlands abgetan. Der Aufstand dürfte sich nunmehr seinem Ende nähern.

Frankreich.

* Der Marineminister erklärte in einer Rede, es sei für Frankreich eine große Unklugheit, jetzt an Abrüstung zu denken. Alle Mächte der Welt haben in letzter Zeit unaufhörlich ihr Kriegsmaterial verbessert und vermehrt; wir müssen dies ebenfalls tun, um unsern zweiten Rang als Seemacht zu behaupten. Wir dürfen nicht Gefahr laufen, diesen Rang auch nur für einige Stunden zu verlieren; das ist unsre unmittelbare dringende Pflicht. Später werden wir dann sehen, daß noch andre Pflichten zu erfüllen sind.

England.

* Das Oberhaus lehnte in der zweiten Lesung den Gesetzentwurf, durch den verhindert werden soll, daß fremde Staatsangehörige nach England kommen, um englische Arbeiter während des Streiks zu ersetzen, mit 96 gegen 24 Stimmen ab. Der Gesetzentwurf war im Unterhause von Keir Hardie (Arbeiterpartei) eingebracht und dort ohne Einspruch in allen Lesungen angenommen worden.

Schweiz.

* Der Vorsitzende der Konferenz von Algeciras hat dem Bundespräsidenten die Konferenzbeschlüsse, soweit sie die Schweiz betreffen (Polizei und Bank in Marokko), offiziell mitgeteilt. Der Bundesrat wird erst um Vorschläge für den Polizeiinspektor-Posten ersucht werden, nachdem die beteiligten Staaten die Konferenzbeschlüsse genehmigt haben.

Italien.

* In der stürmischen Donnerstags-Sitzung der Deputiertenkammer gelang es der Opposition, das Ministerium Sonnino zu Fall zu bringen. Während Sonnino verlangte, daß spätestens am 28. d. der Kommissionsbericht über die Verstaatlichung der italienischen Südbahn in der Deputiertenkammer vorgelegt werden solle, nahm die Kammer mit 179 gegen 162 Stimmen bei 40 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung an, in der die Feststellung des von der Regierung geforderten Termins abgelehnt wird. Das Ministerium hat also in der Kammer für grundlegende Fragen keine Mehrheit mehr und muß demgemäß abdanken.

Spanien.

* Der frühere Ministerpräsident Montero Rios erklärte hinsichtlich der für Spanien auf der Konferenz von Algeciras erzielten Ergebnisse, daß er schon vor Beginn der Konferenz mit dem französischen Botschafter einen vorteilhafteren Vertrag abgeschlossen habe; denn nach diesem hätte die Marokkobank ausschließlich mit spanischem Kapital begründet und die spanische Münze mit Zahlungskraft in Verkehr gesetzt werden sollen.

Christoph Kolumbus.

Am 21. d. waren es 400 Jahre, daß Amerikas Entdecker in Valladolid (Spanien) die Augen zum ewigen Schlummer schloß. Er war 1446 oder 1456 in Genua geboren.

Hinsichtlich der Polizeifrage hätte der Vorteil für Spanien in dem Rechte bestanden, den Schmuggel zu Wasser und zu Lande zu verfolgen.

Rußland.

* Die gesamte Antwort-Adresse an den Zaren ist von der Duma in allen Punkten mit donnerndem Beifall angenommen worden, ebenso die Agrarfrage unter Einschluß der Enteignung der Kirchen- und Klosterländereien. Professor Kowalewski versuchte internationale Politik in die Debatte zu ziehen, indem er äußerte, Rußland müsse die Vorherrschaft über alle slawischen [illegible] Rußlands wie des Auslandes ausüben. Nabokow (radikal) widerlegte den Antrag mit der Begründung, die Duma habe genug im Innern zu tun. Die innere Politik müsse augenblicklich der äußern unbedingt fern bleiben.

* Die Amnestie hat nun auch den Ministerrat beschäftigt. Das Ministerium hat in seiner Mehrheit dem Zaren angeraten, an seinem Geburtstag (19. d.) eine Amnestie zu erlassen, von der jedoch Militärpersonen und Bauern, die an den Bauernaufständen beteiligt waren, sowie alle Räuber und Mörder ausgeschlossen sein sollen. Gegen die Amnestie haben sich drei Minister, unter ihnen bezeichnenderweise Premierminister Goremykin, ausgesprochen. (Sehr beliebt war er schon nicht, durch seine Stellungnahme zur Lebensfrage der Duma dürfte er sich alles Vertrauen der Dumamitglieder verscherzt haben.)

* Trepow hat seinen gefürchteten Einfluß auf den Zaren immer noch nicht verloren, denn aus sicherer Quelle verlautet, auch das Ministerium Goremykin kämpfe mit dem Einflusse Trepows. Goremykin verlangt infolgedessen angeblich die vollkommene Entfernung Trepows und sträubt sich gegen die Ernennung des letzteren zum Minister des Hofes. Der Zar hingegen getraut sich nicht, den Gewaltmenschen, der mit eiserner Hand in Rußland die Resolution niederhielt, zu entlassen.

Balkanstaaten.

* Der frühere serbische Kriegsminister Oberst Andrejew, der Gouverneur von Nisch, wurde seines Amtes enthoben und durch den Grenzkommissar Obersten Jurischitsch Sturm ersetzt. Die Enthebung erfolgte zweifellos, weil Andrejew der Antiverschwörerbewegung, deren Hauptsitz Nisch ist, nicht Herr werden konnte. (Das läßt allerdings tief in die Geheimnisse des serbischen Königshofes blicken.)

Amerika.

* Das Repräsentantenhaus in Washington verweigerte den Bau der geplanten großen Kriegsschiffe.

Asien.

* Nachrichten aus Peking besagen, daß England und China einen Vertrag über die Rückgabe Wei-Hai-Weis abgeschlossen hätten. Danach hat China Wei-Hai-Wei zu einer Flottenstation zu machen und darf es keiner andern Macht als Sicherheit geben oder verpachten. China verpflichtet sich ferner, die dort von England gemachten Auslagen zu erstatten und Eingeborene und Ausländer in Wei-Hai-Wei durch seine Truppen zu schützen. (England wird also sein Schmerzenskind ohne alle Verluste los.)

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Donnerstag nach kurzer Debatte die Börsensteuervorlage in dritter Lesung an. Hierauf folgte die Beratung der von der Mehrheit der Steuerkommission vorgeschlagenen Resolution betr. den Fortfall der Portoermäßigung für Karten, Drucksachen und Warenproben im Orts- und Nachbarortsverkehr, sowie eine anderweitige Regelung der Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen. Da der Staatssekretär Krätke noch nicht vom Weltpostkongreß zurück war, so übernahm Unterstaatssekretär Sydow die Aufgabe, die Zustimmung der Postverwaltung zu der Resolution zu rechtfertigen. Abg. Arendt (freik.) empfahl seinen Antrag, das Postkartenporto auf 3 Pf. zu erhöhen, während er der von der Kommission vorgeschlagenen Heraufsetzung der Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen zustimmte. Reichsschatzsekretär Frh. v. Stengel bekämpfte den Antrag Arendt, der die zu erwartende Mehreinnahme um sechs Millionen Mark verringern würde. Unterstaatssekretär Sydow äußerte sich in demselben Sinne. Die freisinnigen Abgg. Dove und Singer (soz.) sprachen sich gegen die Resolution und den Antrag Arendt aus, der nach weiterer Debatte abgelehnt wurde. Die Resolution der Kommission wurde angenommen.

Am 18. d. wird der Gesetzentwurf über die Ausgabe von Reichskassenscheinen über 10 Mk. nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Arendt (freikons.) in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Reichsfinanzreform.

In der Generaldiskussion führt

Abg. Büsing (nat.-lib.) aus: Die Reichsfinanzreform ist vielleicht die größte Aufgabe, die der deutsche Reichstag seit seinem Bestehen zu lösen gehabt hat. Die Reichseinkommensteuer, die leider von der bürgerlichen Linken im Verein mit der Sozialdemokratie befürwortet wird, ist in einem föderativen Staate undurchführbar. Für eine Reichsvermögenssteuer ist eine Mehrheit hier im Hause nicht zu haben. Gewiß ist ein Teil der neuen Steuern nicht einwandsfrei. Jedes einzelne Mitglied der Mehrheit hat eben Opfer seiner Überzeugung bringen müssen im Interesse der Wohlfahrt. Wir vertreten das nationale Werk der Reichsfinanzreform mit gutem Gewissen vor dem Lande.

Abg. Molkenbuhr (soz.): Die reichen Leute, die anstatt Bier Wein trinken, die nicht Zigaretten rauchen und nicht Automobil fahren, werden von den neuen Steuern gar nicht getroffen. Diese sollen natürlich nur den ärmeren Klassen zur Last. Warum scheut man sich, direkte Reichssteuern einzuführen? Das Reichsschatzamt kann sich ja bereit erklären, die Einkommensteuer als eine indirekte Steuer zu erklären. Die Zigarettensteuer ist ein beispielloser Beweis gesetzgeberischer Unfähigkeit, wie er bisher noch nie dagewesen ist. Das geht schon daraus hervor, daß dieselben Herren, die das Gesetz gemacht haben, jetzt nicht weniger als 23 Paragraphen ändern wollen. Wir werden die Steuergesetze mit aller Macht bekämpfen.

Abg. Dietrich (kons.): Ich glaube, daß die Steuerkommission eine große gesetzgeberische Arbeit geliefert hat, an der sich jeder beteiligen müßte, der Verständnis für die Notwendigkeit der Gesundung der Reichsfinanzen hat. Die Kritik des Abg. Molkenbuhr war höchst oberflächlich, er sprach gerade so, als handle es sich nicht um die Steuerreform, sondern um den Zolltarif. Er hat wieder von der Belastung der breiten Massen geredet. Ja, rauchen denn die in erster Reihe Zigaretten, fahren denn in erster Reihe Automobile? Gegen die Fahrkartensteuer habe auch ich mit einem Teil meiner Freunde Bedenken; aber sie sind abgeschwächt durch die degressive Gestaltung, die der Stempel erfahren hat. Immerhin sind sie so groß, daß ein kleiner Teil meiner Freunde darüber nicht hinwegkommt und schließlich gegen die ganze Reform stimmen wird.

Abg. Müller-Sagan (freis. Vp): Herr Büsing hat sozusagen auf mildernde Umstände für die [illegible] Vorlage plädiert. Die Angriffe des Abgeordneten Dietrich auf den § 6 des Flottengesetzes [illegible] wohin der Kurs geht. Das Zentrum hat bisher [illegible] dem § 6 des Flottengesetzes festgehalten, doch [illegible] dem Buchstaben als dem Geiste nach. Wir [illegible] aber in der Praxis an diesem fest und lehnen [illegible] mit ihm in Widerspruch stehende Vorlage ab.

Abg. Spahn (Zentr.): Die Fahrkartensteuer trifft den armen Mann nicht, denn der Nahverkehr ist ausgenommen. § 6 des Flottengesetzes wird durch die Vorlage nicht verletzt. Wir müssen [illegible] deswegen die Reichsfinanzvorlage zur endlichen Annahme gelangen lassen, um dem Auslande zu zeigen, daß Deutschland für seine Machtstellung Opfer zu bringen weiß.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Wäre die Regierung nicht, wie so oft, bedauerlich schwach gewesen, so hätte sie das Flottengesetz auch ohne § 6 erhalten. Das Bier ist doch nicht blos das Getränk der armen Leute. Wir müssen der Regierung dankbar für diese Vorlage sein. Mit der Annahme dieser Finanzreform werden es wir dem Reich erleichtern, seine Weltmachtstellung möglichst auch ohne Bundesgenossen aufrecht zu erhalten.

Abg. Bachnicke (freis. Vgg): Mit den indirekten Steuern wird man in letzter Linie die Konsumenten belasten, auf die doch alles abgewälzt wird. Man hätte zu einer ertragreichen Erhöhung der Branntweinsteuer und zu einer Reichserbschaftssteuer greifen sollen. Wir überlassen der Rechten die Verantwortung für diese Vorlage.

Abg. Schmidt-Berlin (soz.): Nach dem Abg. Büsing ist die Reichstagsmehrheit auch die Mehrheit des Volkes. Das ist ein großer Irrtum. Die Herren Nationalliberalen mögen sich bei den Wählern erkundigen, wie diese über die neuen Steuervorlagen denken. Gewiß würden wir [illegible] eine Volksabstimmung über die Frage herbeiführen. Man würde ja dann sehen, ob die Reichstagsmehrheit auch die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat.

Abg. v. Gerlach (fr. Vgg.): Herr Büsing hat heute die Reichsfinanzreform als die größte Aufgabe bezeichnet, die der deutsche Reichstag seit seinem Bestehen zu lösen gehabt hat. Wir scheint [illegible] doch, daß der Reichstag glücklicherweise schon [illegible] bedeutsamere Aufgaben zu lösen gehabt hat.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Es folgt die dritte Lesung der Brausteuer. Nach Ablehnung eines Antrages Müller-Sagan wird § 1a in der Fassung der zweiten Lesung [illegible] einem Zusatzantrag Reitich angenommen, der den Bundesrat bevollmächtigt, den Zucker von der Brausteuer gänzlich freizulassen.

§ 3a enthält die Steuersätze.

Abg. Müller-Sagan beantragt, die Bestimmung zu streichen, wonach mehrere in einer Hand befindliche Brauereien als ein Betrieb angesehen werden, wenn sie ein wirtschaftlich zusammengehöriges Unternehmen bilden.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. [illegible] wird der Paragraph mit 160 gegen 106 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen und der Antrag Müller-Sagan abgelehnt.

§§ 3b und 3c werden darauf angenommen, letzterer mit einem Zusatzantrage Fröhlich (kons.), wonach die Steuer für einen Monat erst am 7. Tage des nächstfolgenden Monats entrichtet zu werden braucht.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der Zigarettensteuer.

Dazu liegt ein Kompromißantrag vor, der im Einverständnis mit den Interessenten gestellt worden ist und wonach der Eingangszoll auf Tabak für Zigaretten erhoben werden soll in Höhe von 1200 anstatt 800 Mk. pro Doppelzentner. Der Sondertarif für Zigaretten soll dagegen fortfallen. Ferner ist die Staffelung der Steuersätze für den Kleinverkauf in eine andere Gestalt gekommen, indem die billigsten Sorten, bis zu 10 Mk. das Tausend im Kleinverkauf, nicht und Zigaretten mit 1 Mk. bis 10 Mk. steigend pro Tausend und Zigarettentabak von 0,50 Mk. bis 7 Mk. steigend pro Kilogramm besteuert werden.

§ 2 wird mit 156 gegen 96 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung mit dem Kompromißantrag angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird darauf ohne Debatte im wesentlichen nach den Beschlüssen zweiter Lesung endgültig angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Die Wage der Gerechtigkeit.

8] Roman von Maximilian Brytt.

(Fortsetzung.)

„Nein, Herr Ingenieur, damit wor's alle. Unser Herr wollt' es auch nicht mehr, nachdem sie sich verlobt hatten," sagte Stadelmann.

„Das ist aber doch noch nicht so lange her?"

„Ja, offiziell wohl; aber das war ja nur wegen der Trauer, wissen Sie. Um die Verlobung wußte meine Frau schon vorige Weihnachten."

Sie waren inzwischen zum Giebel des nur zweistöckigen, villenartigen Hauses gelangt. Stadelmann schritt voran, um die zu dem Giebelzimmer führende Doppeltür zu öffnen. Es war ein langer, schmaler Raum — nach Norden gelegen — mit großen Fenstern, durch die man über die Straße und eine jenseits derselben gelegene Baumschule hinweg freien Ausblick bis zum Rande des Tiergartens hatte. Das Zimmer besaß nur eine bescheidene Studenteneinrichtung — dennoch enthielt es für Arnold alles, was er seine Heimat nennen konnte. Er betrat den Raum nicht ohne Rührung. Die altfränkischen Möbelstücke bargen so manche Erinnerung an seine längst dahingeschiedenen Eltern.

Nachdem er den Portier entlassen, setzte er sich ans Fenster und hing seinen Gedanken nach, wobei er aber das in den Vorgarten mündende Gittertor nicht aus den Augen ließ; denn er wollte Stephanies Heimkehr hier oben abwarten, um sich dann bei ihr melden zu lassen — auch auf die Gefahr hin, daß Fräulein von Reck Schwierigkeiten machen sollte.

Weshalb hatte die alte Dame gegen ihn intrigiert? Es war ungemein schmerzlich für ihn, schließlich zu der Erklärung gelangen zu müssen: das Geld, das Geld — lediglich das Geld Kalwodas hatte den Sieg über alle Bedenken davongetragen.

Auch an Stephanies jüngerem Bruder hatte Arnold keinen Fürsprecher gehabt. Benjamin war von je ein flotter, etwas verwöhnter Junge gewesen. Er konnte es dem Ingenieur heute noch nicht vergeben, daß dieser der Mutter zu einem technischen Studium für ihn geraten hatte. Benjamin hätte am liebsten Offizier werden wollen; dazu reichten aber die Mittel der Plüggeß nicht. Aus Groll über den ihm aufgezwungenen Beruf trieb Benjamin seine Studien auf der Technischen Hochschule recht lässig. Er sattelte auch ein paarmal um — vom Tiefbau zum Hochbau, dann zum Maschinenfach —, schließlich ward er Elektrotechniker. Schon bei seinem letzten hier in Berlin zugebrachten Urlaub hatte Arnold erfahren, daß Benjamin seine Studien abgeschlossen habe, ohne ein Examen auf sich zu nehmen, und daß er bereits im praktischen Leben tätig sei. Er war damals als technischer Berater in ein Patentbureau für Elektrizitätsangelegenheiten aufgenommen worden. Wie es weiter mit seiner Karriere geworden war, wußte Arnold aber nicht, da nach dem Tode der Majorin Benjamins Schwester Stephanie seine Briefe unbeantwortet gelassen hatte, die er ihr von Ostasiens Küste aus sandte.

So fest sich Arnold auch vorgenommen hatte, ruhig zu bleiben, wenn er Stephanie wiedersah — er fühlte doch eine mächtige Bewegung in sich aufsteigen, als er plötzlich ein elegantes Coupé vor dem Hause vorfahren und diesem eine schlanke Mädchengestalt entsteigen sah, in der er sofort Stephanie erkannte.

Stephanie hatte in Gang und Haltung unbedingt viel von der bewußten Sicherheit der preußischen Offiziersdame. Aber es lag dabei durchaus nichts Prätentiöses in ihrer Art. Ihre Kleidung war von vornehmer Einfachheit. Noch immer bevorzugte sie einfarbig getönte Tuche.

Sie hatte feingeschnittene Züge — es lag etwas von der Klarheit des dänischen Frauentypus in ihrem Gesicht. Das aschblonde, volle Haar, das griechisch frisiert war, und die stahlgrauen Augen vervollständigten diesen Eindruck.

Arnold war von seinem Stuhle aufgesprungen und hatte sich weit aus dem Fenster gelehnt, um Stephanie bis zu dem Augenblick zu verfolgen, da sie ins Haus eintrat. Dann öffnete er die Tür und lauschte hinaus.

Unten im Hausflur hörte er sprechen. Stadelmann hatte das Fräulein angeredet. Gleich darauf vernahm er, daß ihre Schritte sich beschleunigten.

Nun hielt es ihn nicht länger. Er jagte die beiden Treppenabsätze hinunter. Gerade vor dem Eingang der Plüggeschen Wohnung — unter dem Girlandenschmuck — trat er Stephanie gegenüber.

„Arnold — Sie sind's! Also doch noch! Wie mich das freut!" Sie hielt ihm in sichtlicher Bewegung, teils freudig, teils überrascht, ihre Hände entgegen, die der Ingenieur stumm, unfähig, ein Wort zu sagen, in die seinen nahm.

Inzwischen hatte ein Mädchen im [illegible] burger Häubchen die Tür geöffnet. Stephanie zog den Jugendfreund ins nächste Zimmer — es war die Arbeitsstube ihres Bruders Benjamin — und ohne abzulegen, führte sie ihn [illegible] gleich zum Fenster.

„Wie lange ich nichts mehr von Ihnen [illegible] hört habe! Wie ist's Ihnen ergangen? [illegible] Sie sich doch ansehen! Wie braun Sie wieder sind. Wissen Sie noch, Mutti sagte immer: „Der Mohr ist wieder da!" . . . Ach, die [illegible] Mutter! . . . Aber Sie sagen ja gar nichts, Arnold?"

Er schüttelte den Kopf, ohne seine Augen aus denen ihrer schönen Augen zu lösen. [illegible] werde die Worte schon wiederfinden, [illegible] phanie. Zunächst — um Ihnen Glück zu wünschen."

Ihre Hände gaben nun die seinen frei. [illegible] legte Jacket, Hut und Handschuhe ab. „Ich danke Ihnen!" sagte sie einfach. „Aber [illegible] werden mir auch noch andres zu sagen haben, Arnold," nahm sie mit einem lebhaften Aufschwung wieder das Wort, „nicht wahr? [illegible] bin Ihnen noch lange, lange Zeit gefolgt — auch als Sie mir nicht mehr schrieben."

Fragend sah er sie an. „Gefolgt — [illegible] mir?"

„Wenigstens Ihrem Schiff — in den Schiffsnachrichten. Ihre letzte Karte bekam wir aus Hongkong. Ich konnte dann aber durchaus nicht mehr in Erfahrung bringen, wohin Sie nach Ihrem Weggang von Hongkong gesegelt waren."

„Ich schrieb Ihnen noch einen [illegible]